



Zukunft in Bewegung
Symposium Berlin
1. Dezember 2005



**Bundesverband der
Deutschen Zementindustrie**
Presseabteilung
Susanne Hoffmann
Luisenstraße 44
10117 Berlin

Infrastrukturausbau in Deutschland im Griff der Überregulierung

1. Dezember 2005

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Haus der Deutschen Wirtschaft
Konferenzturm, 2. Ebene
Otto-Wolff-von Amerongen-Saal/
Hanns-Martin-Schleyer-Saal
Breite Straße 29
10178 Berlin

Organisation

Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V.
Presseabteilung
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Tel.: 030 / 28002 - 225
Fax.: 030 / 28002 - 250

Anmeldung erbitten wir bis zum **21. November 2005**.

Veranstalter

Bundesverband der Deutschen Zementindustrie (BDZ), Berlin
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), Berlin
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Berlin
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (BBS), Berlin
Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur, Berlin
BetonMarketing Deutschland GmbH, Erkrath



Tagungsort

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
Haus der Deutschen Wirtschaft
Konferenzturm, 2. Ebene
Otto-Wolff-von Amerongen-Saal/
Hanns-Martin-Schleyer-Saal
Breite Straße 29, 10178 Berlin



Fax 030 / 28002 - 250

Absender (bitte in Druckbuchstaben)

Bitte senden Sie uns Ihre Anmeldung per Fax bzw. in einem Briefumschlag per Post

Name, Vorname

Unternehmen, Organisation

Funktion

Straße und Hausnummer

Postleitzahl Ort


Telefon


Telefax

Einleitung

Infrastruktur versus Arbeits- und Umweltschutz?

Die umweltpolitischen Rahmenbedingungen entwickeln sich mehr und mehr zu einem Hemmschuh für den dringend erforderlichen Ausbau der Infrastruktur in Deutschland. So führen EU-Umweltschutzrichtlinien, bei der Umsetzung in nationale Vorschriften durch den deutschen Drang nach einer Vorreiterrolle häufig noch verschärft, auch zu einer Verstärkung des Investitionsstaus. Langwierige Planungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen schränken die Investitionssicherheit ein. Die für die nächste Zukunft von der EU geplanten neuen Öko-Richtlinien, etwa in den Bereichen Feinstaub, Abfallvermeidung, Bodenschutz etc., werden nach eigenen Schätzungen der EU-Kommission die europäische Wirtschaft mit jährlichen Mehrkosten von zwölf Milliarden Euro belasten. Hinzu kommen neue Vorgaben für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die die Bauausführung für die Unternehmen erschweren und verteuern. Die Konkurrenzfähigkeit der europäischen und deutschen Wirtschaft, insbesondere der Baustoff- und Bauindustrie, in der globalen Standortkonkurrenz wird hierdurch weiter beeinträchtigt. Es ist daher notwendig, die ökonomischen Folgen vor allem der Umwelt- und Arbeitsschutzgesetzgebung transparenter zu machen und ein „Frühwarnsystem“ zu schaffen, damit die Entwicklung der Wirtschaft nicht an der Überregulierungswut erstickt. Geboten ist ein fairer Ausgleich zwischen den Belangen des Umweltschutzes und Arbeitsschutzes einerseits sowie der Ökonomie andererseits. Wir brauchen einen flexiblen Handlungsrahmen, der die Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaft stärkt und fördert, statt sie mit überbordender Bürokratie zu lähmen. Hierauf zielen unsere Bemühungen für eine Arbeitsplätze sichernde Wirtschaftsordnung in Deutschland.


Karl Gernandt
Vizepräsident des
Bundesverbandes der
Deutschen Zementindustrie (BDZ)


Dr.-Ing. Klaus Dieter Ehlers
Vizepräsident des
Hauptverbandes der
Deutschen Bauindustrie (HDB)

Programm

- 15:00 Uhr **Eröffnung/Begrüßung**
Carsten Kreklau
Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung
- 15:10 Uhr **Grundsatzvortrag I**
Deregulierung als Kernaufgabe künftiger Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik
Wolfgang Tiefensee
designierter Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (angefragt)
- 15:40 Uhr **Grundsatzvortrag II**
Rechtliche Hemmnisse beim Infrastrukturausbau - Kostenbelastung für Unternehmen durch Umweltschutz
Prof. Dr. Matthias Dombert
Honorarprofessor für Öffentliches Recht an der Universität Potsdam, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht
- 16:00 Uhr-
16:15 Uhr Pause
- Panel:**
Deutschland muss schneller werden – Blockaden für Infrastrukturausbau beseitigen
- Statement 1**
Zu viel Macht für Umweltverbände? – Verbandsklagerecht als Blockadeinstrument gegen Infrastrukturvorhaben
Dr. Wolf Friedrich Spieth
Freshfields Bruckhaus Deringer
- Statement 2**
Effiziente Infrastrukturpolitik durch Föderalismusreform
Karl Gernandt, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ)

17:00 Uhr

Statement 3
Fairer Ausgleich zwischen Ökonomie, Ökologie und Regulierung des Arbeitsschutzes
Dr.-Ing. Klaus Dieter Ehlers
Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB)

Politische Diskussionsrunde
Was will die neue Bundesregierung?

Grundsatzvortrag III
Planungsbeschleunigungsgesetz: Deutschland muss schneller werden
Dieter Posch
Staatsminister a.D., stellvertretender Vorsitzender der FDP Hessen

Podiumsteilnehmer:
Renate Blank, MdB, CDU/CSU-Fraktion
Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Deutschen Bundestag

Dieter Posch
Staatsminister a.D., stellvertretender Vorsitzender der FDP Hessen

MDirig. Matthias von Randow
Leiter der Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (angefragt)

Tilmann Heuser
Landesgeschäftsführer BUND, Berlin

Dr.-Ing. Klaus Dieter Ehlers
Vizepräsident des HDB

Karl Gernandt, Vizepräsident des BDZ

Moderation von Panel und Diskussionsrunde:
Carsten Kreklau

ca. 18:30 Uhr Ende der Veranstaltung
Anschließend Büffet

Anmeldekarte

Ihre Anmeldung erbitten wir bis zum
21. November 2005

Am Symposium

Infrastrukturausbau in Deutschland im Griff der Überregulierung am 1. Dezember 2005

Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI),
Haus der Deutschen Wirtschaft
Konferenzturn, 2. Ebene
Otto-Wolff-von Amerongen-Saal/
Hanns-Martin-Schleyer-Saal
Breite Straße 29, 10178 Berlin

nehme ich mit ____ Personen teil

Name Vorname

Name Vorname

Name Vorname

nehme ich nicht teil

Datum Unterschrift

(Absender umseitig)